




Viel auf der hohen Kante

Vermögen. Jeder Erwachsene in Deutschland verfügt rein rechnerisch über ein Nettovermögen von mehr als 80.000 Euro. Tatsächlich sieht die Vermögensverteilung allerdings ganz anders aus. Tücken hat auch die Statistik der Einkommen: Auch wer wenig verdient, ist nicht automatisch arm. 

Die Deutschen haben viel auf der hohen Kante – doch diese Vermögen bleiben häufig außen vor, wenn es um die Frage geht, ob jemand arm oder reich ist. In den meisten Armutsbetrachtungen zählt nämlich nur das Einkommen, nicht das Vermögen. So kann in der Statistik eine Person im Extremfall als einkommensarm gelten, gleichzeitig aber über ein millionenschweres Aktiendepot verfügen.

Die Europäische Union definiert Armut immerhin als einen „unzureichenden Lebensstandard aufgrund von Ressourcenmangel“ – sie fokussiert damit nicht nur auf das Einkommen. Zwar gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen den beiden Größen:

Das einkommensstärkste Bevölkerungszehntel kommt auf ein durchschnittliches Nettogesamtvermögen von rund einer viertel Million Euro.

Wie hoch das Vermögen im Einzelfall ausfällt, hängt aber neben dem Einkommen von vielen weiteren Faktoren ab. Eine wichtige Rolle spielen die persönlichen Vorlieben: Der eine lebt lieber in den Tag hinein, der andere ist eher sicherheitsorientiert und folgt dem Motto „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not“. Ein Vermögen kann einem aber auch ganz ohne eigenes Zutun zufallen, also geerbt werden. In den meisten Fällen aber ist Vermögen eine Frage der Zeit – es wächst durch beständiges Sparen sowie Zins und Zinseszins. Deshalb ist es nur logisch, dass die 65- bis 74-Jährigen in der →

Das Vermögen der Deutschen

Durchschnittliches Nettovermögen eines Erwachsenen in Euro im Jahr 2008



Immobilienvermögen: selbst genutzter und vermieteter Haus- und Grundbesitz abzüglich Hypotheken; Geldvermögen: Spar- und Wertpapierguthaben, Rückkaufwerte von Versicherungen abzüglich Konsumentenkredite; Ursprungsdaten: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 16

Inhalt

Ausbildungs- und Studienanfänger. Rund 2 Prozent mehr Auszubildende und 16 Prozent mehr Erstsemester gab es im vergangenen Jahr. Seite 3

Direktinvestitionen. Die Schwellen- und Entwicklungsländer ziehen inzwischen genauso viel ausländisches Kapital an wie die Industrieländer. Seite 4-5

Girls' Day. Obwohl Ingenieure mehr verdienen als Krankenschwestern, entscheiden sich Mädchen meist immer noch für typisch weibliche Berufe. Seite 6

Tarifeinheit. Wie kleine Spartenwerkerschaften die tarifvertragliche Friedenspflicht entwerthen können. Seite 7

Private Haushalte. Immer mehr Bundesbürger wohnen in den eigenen vier Wänden – zuletzt residierte fast jeder zweite Haushalt im Eigentum. Seite 8

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland



→ Vermögensstatistik besonders gut dastehen (Grafik Seite 1):

Die Älteren haben im Schnitt viermal so viel Vermögen wie die 25- bis 34-Jährigen.

Konkret handelt es sich dabei vor allem um Haus und Hof. Zwar besitzt so manch Jüngerer schon Immobilien, auf diesen lasten aber oft hohe Hypotheken. Im Alter lebt es sich dagegen meist schuldenfrei. Erst im hohen Alter sinken die Vermögen der Deutschen dann wieder – zum

Beispiel, weil viele Senioren ihren Immobilienbesitz noch zu Lebzeiten vererben.

Die durchschnittlichen Vermögenswerte sagen jedoch nichts über die tatsächliche Verteilung aus. Die Vermutung, nur einkommensstarke Haushalte könnten auf Vermögen zurückgreifen, lässt sich damit jedenfalls weder bestätigen noch widerlegen. Dafür ist eine kombinierte Betrachtung von Einkommen und Vermögen notwendig (Grafik). Das

lässt sich anhand von zwei repräsentativen Haushaltsbefragungen bewerkstelligen: dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).

Je nach Statistik gelten zwischen 13 und 15 Prozent der Bevölkerung in Deutschland über 25 Jahren als einkommensarm: Das heißt, sie verdienen weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Nettohaushaltseinkommens.

Für Alleinstehende liegt dieser Grenzwert aktuell bei rund 900 Euro. Ein Vermögen – seien es Sparbücher, Aktien oder Immobilien – könnte diesen Menschen aus der Patsche helfen. Und manch einkommensarme Person hat durchaus eine finanzielle Reserve, wie die Zahlen zeigen:

Laut SOEP-Daten besitzt jeder sechste einkommensarme Erwachsene ein hinreichend hohes Vermögen, um sich für mindestens zehn Jahre aus seiner prekären Lage zu befreien, laut EVS ist es sogar fast jeder Fünfte.

Diese Zahlen verändern sich auch wenig, wenn man das selbst genutzte Häuschen nicht mit zum auflösbaren Vermögen zählt. Hausrat und Auto werden bei dieser Rechnung ohnehin nicht berücksichtigt.

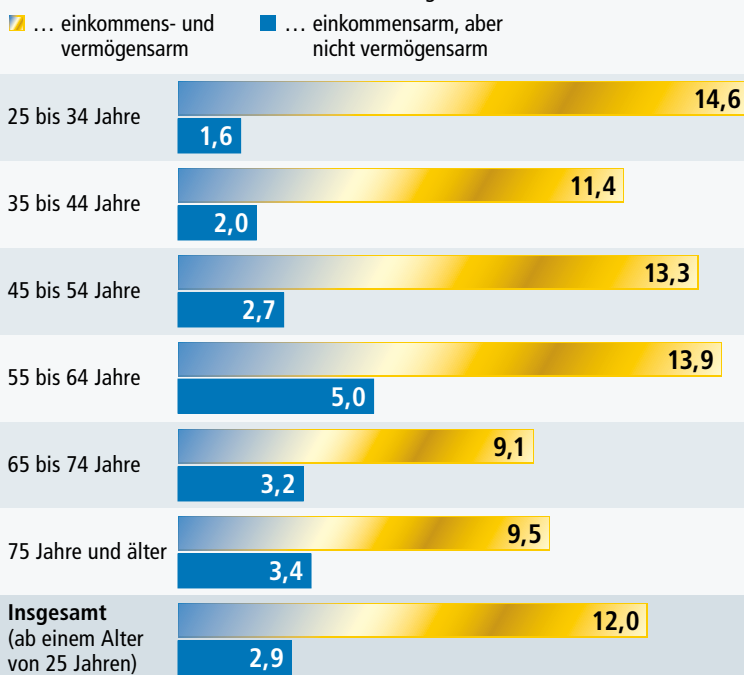
Auch unter den Einkommensarmen hat die ältere Generation am meisten gehortet: So könnte sich mehr als jeder vierte vermeintlich arme Senior mithilfe seines Vermögens über die Armutsschwelle hieven.

Vermögen hilft gegen Armut

Einkommensarmut: Eine Person gilt als einkommensarm, wenn ihr Einkommen weniger als 60 Prozent des Medians des bedarfsgewichteten Nettohaushaltseinkommens der Gesamtbevölkerung beträgt. Der Median entspricht dem Einkommen derjenigen Person, die genau in der Mitte steht, wenn man die Menschen eines Landes ihrem Einkommen gemäß aufreihet. Die Bedarfsgewichtung erfolgt, um Haushalte verschiedener Größe und Struktur vergleichen zu können. So kommt beispielsweise ein Paar mit zwei Kindern auf den 2,1-fachen Bedarf eines Alleinstehenden – weil die zwei Erwachsenen durch gemeinsames Wirtschaften sparen und Kinder weniger brauchen als Erwachsene.

Vermögensarmut: Eine konventionelle Definition von Vermögensarmut gibt es nicht. Doch man kann beispielsweise annehmen, dass ein Vermögen nennenswert ist, wenn es ausreicht, um einen eigentlich einkommensarmen Haushalt mindestens zehn Jahre lang aus seiner prekären Lage zu befreien. Vermögensarmut liegt also dann vor, wenn ein solches, in der Not helfendes Vermögen nicht vorhanden ist.

So viel Prozent der Erwachsenen in diesem Alter galten im Jahr 2008 als ...



aus IW-Trends 1/2012

Judith Niehues, Christoph Schröder: Integrierte Einkommens- und Vermögensbetrachtung
www.iwkoeln.de/trends

Auf dem Bildungstrip

Ausbildungs- und Studienanfänger. Der Nachwuchs ist so bildungshungrig wie noch nie: In Deutschland beginnen immer mehr junge Menschen direkt nach dem Schulabschluss eine Berufsausbildung oder strömen in die Hörsäle. Gerade die Hochschulen üben eine besonders starke Anziehungskraft aus – seit 2005 hat sich die Zahl der Studienanfänger nahezu verdoppelt.

Pauken, büffeln, memorieren: Die Jugend in Deutschland scheint das nicht zu schrecken, wie die zweite, Anfang März erschienene „Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ des Statistischen Bundesamts zeigt (Grafik):

Im Jahr 2011 nahmen annähernd 16 Prozent mehr junge Menschen ein Studium auf als im Jahr zuvor, die Zahl der Azubis stieg immerhin um rund 2 Prozent.

Insgesamt begannen im vergangenen Jahr fast 520.000 junge Männer und Frauen ein Studium – so viele Erstsemester drängelten sich noch nie an den Universitäten und Fachhochschulen. Ein Jahr zuvor gab es annähernd 440.000 Studienanfänger, 2005 waren es sogar nur 300.000, die an eine Alma Mater strebten.

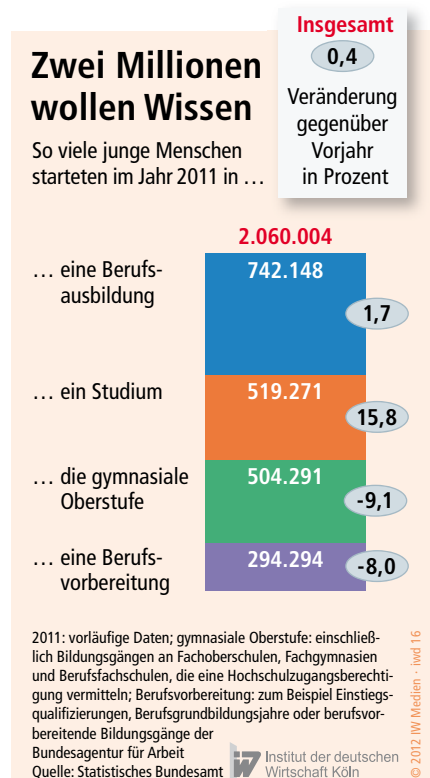
Besonders groß ist derzeit das Interesse an den Ingenieurwissenschaften: In diesen Studiengang schrieben sich 2011 fast ein Viertel mehr Studenten ein als im Vorjahr. Auch Mathematik und Naturwissenschaften sind gefragt – hier gab es insgesamt gut ein Fünftel mehr Studienanfänger. Diese Entwicklung dürfte insbesondere jene Arbeitgeber in Deutschland freuen, die aktuell

mit dem größten Fachkräftengpass, dem Ingenieurmangel, zu kämpfen haben.

Für die meisten Schulabsolventen bildet jedoch die Berufsausbildung nach wie vor die Basis für den Einstieg ins Arbeitsleben: Rund 740.000 junge Leute begannen 2011 eine duale oder vollzeitschulische Berufsausbildung, das waren fast 2 Prozent mehr als 2010.

Doch wie kommt es eigentlich trotz des demografischen Wandels – also trotz des Geburtenrückgangs – zu einem solchen Ansturm auf die Ausbildungs- und Studienplätze? Dafür gibt es mehrere Gründe:

- In Bayern und Niedersachsen haben durch die Einführung der achtjährigen Gymnasialzeit 2011 zwei Abiturientenjahrgänge die Schulen gleichzeitig verlassen.
- Die Aussetzung von Wehrpflicht und Zivildienst sorgte dafür, dass mehr junge Männer als sonst direkt nach dem Schulabschluss eine Ausbildung beginnen oder ein Studium aufnehmen konnten.
- Die Zahl der Schulabgänger, die zunächst eine Berufsvorbereitung durchlaufen, sinkt rapide: Im Jahr 2011 wurden nur noch knapp 300.000 Jungen und Mädchen durch eine Integrationsmaßnahme fit gemacht für eine Ausbildung oder einen nachträglichen Schulabschluss – 2005 waren es noch mehr als 450.000. Ein Grund für diese Entwicklung ist, dass die Unternehmen ihre Ausbildungsplätze zunehmend auch mit leistungsschwächeren Bewerbern besetzen. Um auch diesen Azubis einen Berufsabschluss zu ermöglichen, bietet inzwischen rund



jedes dritte ausbildende Unternehmen zumindest für einen Teil seiner Lehrlinge Nachhilfe oder Stützunterricht an (vgl. iwD 22/2011).

Auch im internationalen Vergleich steht die Jugend in Deutschland gut da. Während die meisten 15- bis 18-Jährigen noch zur Schule gehen, dominiert bei den 19- bis 20-Jährigen die Berufsausbildung. Die meisten jungen Leute ab 21 Jahren gehen bereits einer Erwerbstätigkeit nach, mit 28 Jahren sind dann mehr als zwei Drittel berufstätig. Dementsprechend niedrig ist die Jugendarbeitslosigkeit:

Im Februar waren in Deutschland nur rund 293.000 Jugendliche ohne Arbeit, also 6,3 Prozent.

Das ist europaweit die niedrigste Jugendarbeitslosenquote. In Frankreich sucht derzeit jeder vierte Jugendliche einen Job, in Spanien sogar fast jeder zweite.

Kapital sucht neue Wachstumsmärkte

Direktinvestitionen. Infolge der Finanzkrise haben die international aktiven Unternehmen ihre Auslandsengagements deutlich reduziert. Dies betraf jedoch vor allem die Industrieländer. Dagegen haben die Schwellen- und Entwicklungsländer weiter an Bedeutung gewonnen – sie ziehen inzwischen genauso viel ausländisches Kapital an wie die etablierten Volkswirtschaften.

Schon seit 30 Jahren treiben unternehmerische Auslandsengagements – sogenannte Direktinvestitionen (Kasten) – die Globalisierung maßgeblich voran. Doch die Finanzkrise hat das Engagement der Global Player stark verringert (Grafik):

Von 2007 bis 2009 schrumpften die Auslandsinvestitionen um rund 40 Prozent auf weniger als 1.200 Milliarden Dollar.

Dafür gibt es drei Gründe: Erstens schwanken die Direktinvestitionszahlen grundsätzlich mit dem Auf und Ab der Weltkonjunktur. Zweitens hielten die Konzerne während der Wirtschafts- und Finanzkrise ihr eigenes Geld lieber als Sicherheitsreserve zurück, statt es zu investieren. Und drittens zögerten bei den dennoch geplanten Auslandsinvestitionen oft die Banken, die

notwendigen Kredite zur Verfügung zu stellen.

Immerhin hat die nachfolgende Erholung der Weltwirtschaft die globalen Direktinvestitionszuflüsse wieder anschwellen lassen. Sie blieben aber auch 2011 mit insgesamt gut 1.500 Milliarden Dollar immer noch deutlich unter dem Spitzenwert des Jahres 2007. Je nach Zielregion verlief die Entwicklung allerdings recht unterschiedlich:

- **Industrielländer.** Sie mussten infolge der Finanzkrise besonders viele Federn lassen – zwischen 2007 und 2009 brachen die Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in den Industriestaaten um mehr als die Hälfte ein. Auch wenn es danach wieder leicht aufwärts ging, haben ausländische Firmen dort zuletzt weniger investiert als früher üblich. Stattdessen wurden in größerem Maße Beteiligungen verkauft oder kriselnde Tochterfirmen durch Kredite oder einbehaltene Gewinne aufgepäpelt.

- **Schwellen- und Entwicklungsländer.** Der Zustrom von Firmenkapital in die ärmeren Regionen der Welt hielt auf längere Sicht fast unvermindert an. Lediglich im Jahr 2009 gingen die Auslandsinvestitionen um 25 Prozent zurück. Doch schon 2011 erreichten die Zuflüsse mit 755 Milliarden Euro fast wieder den Höchststand aus dem Jahr 2008. Länder wie China, Indonesien, Malaysia, Brasilien und Kolumbien verzeichneten sogar neue Rekordwerte.

Die Schwellen- und Entwicklungsländer konnten zuletzt rund 50 Prozent der weltweit getätigten Direktinvestitionen an sich ziehen – Mitte

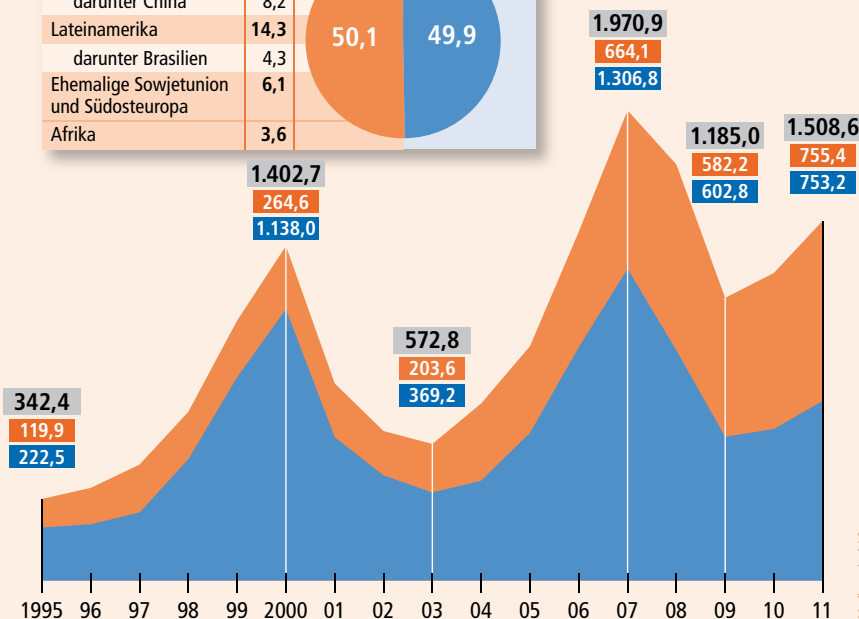
Direktinvestitionen: Schwellenländer ziehen gleich

So viele Milliarden Dollar an grenzüberschreitenden Investitionen der Unternehmen sind in diese Länder geflossen

■ Schwellen- und Entwicklungsländer ■ Industrieländer ■ Insgesamt

So viel Prozent der weltweiten Direktinvestitionszuflüsse im Jahr 2011 entfielen auf diese Länder

Schwellen- und Entwicklungsländer		Industrielländer	
davon in diese Regionen			
Asien und Ozeanien	26,1	50,1	49,9
darunter China	8,2		
Lateinamerika	14,3	50,1	49,9
darunter Brasilien	4,3		
Ehemalige Sowjetunion und Südosteuropa	6,1		
Afrika	3,6		



2011: Schätzung
 Ursprungsdaten: Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD)

der 1990er Jahre lag ihr Anteil erst bei gut einem Drittel.

Zu den Ursachen dürfte gehören, dass viele dieser Länder eine solidere Wirtschaftspolitik betreiben als früher und daher ein starkes Wachstum verbuchten. Auch die Standortbedingungen haben sich zum Teil deutlich verbessert – Investoren achten in diesem Zusammenhang vor allem auf eine gute Infrastruktur und ausreichend Rechtssicherheit.

Die Schwellenländer ziehen aber nicht nur laufend mehr Kapital an, die dort ansässigen Unternehmen sind auch selbst zunehmend damit

beschäftigt, im Ausland zu investieren (Grafik):

Seit 1995 sind die Direktinvestitionen von Firmen aus Schwellen- und Entwicklungsländern um 600 Prozent auf 388 Milliarden Dollar gestiegen.

Ihr Anteil an den weltweiten grenzüberschreitenden Unternehmenskapitalflüssen erhöhte sich damit von 15 auf fast 30 Prozent.

Vor allem China mischt im globalen Investitionsrennen immer stärker mit – nicht zuletzt suchen die finanziell gut gepolsterten chinesischen Staatsfonds nach lukrativen Anlagen in Europa und den USA. Aber auch

Indien hat schon mit spektakulären Deals für Aufsehen gesorgt – beispielsweise 2008, als der Autohersteller Tata dem US-Konzern Ford die beiden Traditionsmarken Jaguar und Land Rover abkaufte, oder 2009, als Megha Mittal das deutsche Modeunternehmen Escada übernahm.

Direktinvestitionen

Ökonomen sprechen von Direktinvestitionen, wenn Unternehmen im Ausland neue Betriebsstätten errichten, Tochterfirmen gründen, ein Unternehmen kaufen oder eine Beteiligung erwerben, die einen entscheidenden Einfluss auf die Firmenpolitik ermöglicht. Laut Abgrenzung des Internationalen Währungsfonds muss die Beteiligung am fremden Unternehmen mindestens 10 Prozent betragen, um als Direktinvestition zu gelten; meist geht es aber um Anteile von 25 Prozent und mehr. Damit unterscheiden sich Direktinvestitionen von Portfolio-Investitionen, die vorrangig der Geldanlage dienen. Zu den Direktinvestitionen zählen aber auch Kapitalflüsse innerhalb internationaler Konzerne (Grafik) – etwa wenn die Muttergesellschaft das Kapital einer Auslandstochter erhöht oder dieser einen Kredit gewährt.

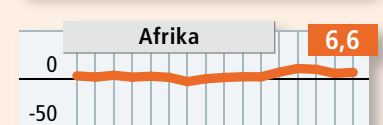
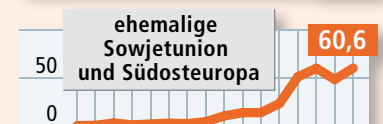
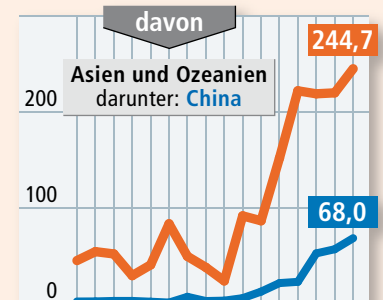
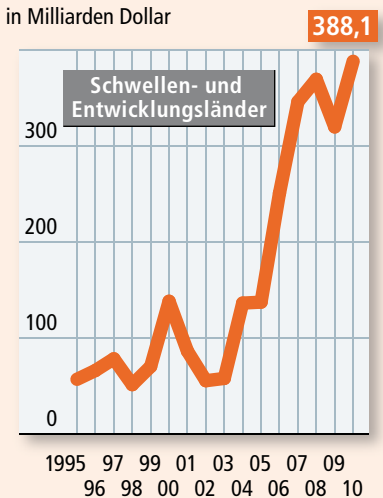
Die zehn größten transnationalen Konzerne

In Klammern: Sitz der Muttergesellschaft	Branche	Im Ausland investiertes Kapital in Milliarden Dollar
General Electric (USA)	Elektrische und elektronische Ausrüstungen	401,3
Royal Dutch/Shell Group (UK)	Gewinnung, Verarbeitung und Vertrieb von Öl	222,3
Vodafone Group PLC (UK)	Telekommunikation	201,6
BP PLC (UK)	Gewinnung, Verarbeitung und Vertrieb von Öl	189,0
Toyota Motor Corporation (Japan)	Fahrzeugbau	169,6
ExxonMobil Corporation (USA)	Gewinnung, Verarbeitung und Vertrieb von Öl	161,2
Total S.A. (Frankreich)	Gewinnung, Verarbeitung und Vertrieb von Öl	141,4
E.On (Deutschland)	Elektrizität, Gas, Wasser	141,2
Électricité de France (Frankreich)	Elektrizität, Gas, Wasser	133,7
ArcelorMittal (Luxemburg)	Metall und Metallprodukte	127,1

Quelle: Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD)

Schwellenländer: Auslandsinvestitionen vervielfacht

Direktinvestitionen
in Milliarden Dollar



Negative Zahlen: Auslandsinvestitionen wurden abgebaut
Ursprungsdaten: Konferenz der Vereinten Nationen
für Handel und Entwicklung
(UNCTAD)

Ungenutzte Potenziale

Girls' Day. Kauffrau und Arzthelferin sind immer noch die beliebtesten Ausbildungsberufe junger Frauen – obwohl Kampagnen wie der Girls' Day seit Jahren versuchen, das Berufsspektrum der Mädchen – und inzwischen auch der Jungen – zu erweitern.

Am 26. April findet zum zwölften Mal der Zukunftstag für Mädchen und zum zweiten Mal der für Jungen statt. Er soll die 10- bis 15-Jährigen motivieren, neue Pfade bei der Berufswahl zu beschreiten. Denn:

- Bei den Jungen ist keiner der 20 beliebtesten Ausbildungsberufe aus dem sozialen, erzieherischen oder pflegerischen Bereich.

- Bei den Mädchen sind technische Berufe wenig gefragt. Nach wie vor beliebt sind die Kauffrau im Einzelhandel, Bürokauffrau und medizinische Fachangestellte (Grafik).

Mehr als die Hälfte der weiblichen Auszubildenden war im Jahr 2010 auf nur zehn Ausbildungsberufe verteilt.

Kein Einziger davon ist ein technischer Beruf. Dabei benötigen Elektroinstallateure, Rohrinstallateure, Fräser und viele andere Gewerke qualifizierten Nachwuchs. Von den zehn Berufen mit dem größten Engpass am Arbeitsmarkt wird nur die Ausbildung zur Krankenschwester von den jungen Frauen nachgefragt.

An der Uni sieht es in puncto Technikaffinität nicht viel anders aus:

Von den Studienanfängern in Mathematik und Naturwissenschaften waren im Wintersemester 2011/2012 nur 37 Prozent weiblich, in den Ingenieurwissenschaften nur 21 Prozent.

In den Sprach- und Kulturwissenschaften hingegen betrug der Frauenanteil 70 Prozent. Dabei haben Geisteswissenschaftlerinnen schlechtere Einkommens- und Karriereperspektiven als Maschinenbau- oder Elektroingenieurinnen, deren gute Einkommenschancen von Frauen längst nicht ausreichend genutzt werden.

Dabei sind Jungen und Mädchen in Mathe und Co. fast gleich clever:

- Beim PISA-Leistungstest 2009 erreichten die Mädchen in den naturwissenschaftlichen Kategorien 518 Punkte und die Jungen 523.
- In der Mathematik schnitten die Jungen zwar im Durchschnitt etwas besser ab als die Mädchen. Diese erzielten aber mit durchschnittlich 505 Punkten in der Mathematik Werte, die über dem Durchschnitt der Leistungen der Mädchen in der OECD lagen.

Meist in Büro und Praxis

Weibliche Auszubildende in den von Frauen am stärksten besetzten Ausbildungsberufen im Jahr 2010

Kauffrau im Einzelhandel	39.597
Bürokauffrau	39.570
Medizinische Fachangestellte	38.718
Industriekauffrau	31.824
Friseurin	30.861
Verkäuferin	30.348
Zahnmedizinische Fachangestellte	30.195
Fachverkäuferin im Lebensmittelhandwerk	27.150
Kauffrau für Bürokommunikation	26.520
Hotelfachfrau	20.559
Insgesamt	315.342

In Prozent aller weiblichen Auszubildenden



Arbeitgeberpreis für Bildung

Der Deutsche Arbeitgeberpreis für Bildung wird 2012 zum 13. Mal vergeben. Im Vordergrund steht diesmal das personalpolitische Engagement von Bildungseinrichtungen. Die vier Kategorien sind mit je 10.000 Euro dotiert, bewerben können sich Einrichtungen der frühkindlichen Bildung, schulischen und beruflichen sowie hochschulischen Bildung. Voraussetzung ist, dass sie Personalentwicklungskonzepte vorweisen, mit deren Hilfe Lehrende die Kompetenzen von jungen Menschen erkennen und entwickeln können.

Institutionen, die sich bewerben wollen, müssen nachweisen, dass sie mit anderen Bildungseinrichtungen und Partnern, vor allem aus der Wirtschaft, eng zusammenarbeiten – und dass ihre Qualifizierungskonzepte auch auf andere übertragbar sind. Außerdem sollen die Wirksamkeit der Qualifizierungskonzepte kontinuierlich überprüft, ihre Qualität sichergestellt und die Konzepte kontinuierlich weiterentwickelt werden. Zudem soll die Personalentwicklung praxisnah gestaltet sein und gezielt auf die jeweiligen Anforderungen in Kindergarten, Schule, Berufsbildung oder Hochschule und deren jeweiliges Umfeld zugeschnitten sein.

Ausgeschrieben wird der Preis von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) gemeinsam mit Deutscher Bahn und Telekom. Die Bewerbungsfrist endet am 31. Mai 2012.

Weitere Informationen: www.arbeitgeberpreis-fuer-bildung.de.

Gefährliches Gerangel

Tarifeinheit. Der Lotsenstreik vor zwei Monaten am Frankfurter Flughafen verursachte nicht nur mehr als 1.500 Flugausfälle und zweistellige Millionenverluste. Er war auch symptomatisch für die Folgen von allzu viel gewerkschaftlichem Klein-Klein.

Im Februar legten in Frankfurt rund 200 Vorfeldlotsen für knapp zwei Wochen ihre Arbeit nieder. Die Flugzeuginwaiser streikten für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Gehalt – allerdings wollten sie keine „normale“ Lohnsteigerung, sondern Gehaltssprünge von bis zu 50 Prozent und mehr durchsetzen.

Dass der Flugverkehr nicht noch länger behindert wurde, verdanken Passagiere und Fluggesellschaften dem Arbeitsgericht Frankfurt. Dieses hatte Ende Februar per einstweiliger Verfügung den Arbeitskampf beendet. Grund für die Entscheidung waren Regelungen, die die Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF) für ihre Vorfeldlotsen durchboxen wollte, für die aber aufgrund eines bereits bestehenden Tarifvertrags Friedenspflicht bestand – darunter das Nachtschichtverbot für ältere Mitarbeiter.

Der Lotsenstreik ist ein typisches Beispiel dafür, wie getrennte Tarifverhandlungen für einzelne Berufsgruppen die tarifvertragliche Friedenspflicht entwerfen. Während ein Flächen- oder Firmentarifvertrag über die gesamte Laufzeit hinweg vor Konflikten schützt, muss man bei nicht abgestimmten Tarifverhandlungen damit rechnen, ständig mit einzelnen Berufsgruppen neu verhandeln zu müssen.

Die jüngsten Spartengewerkschaften

	Gründung	Mitgliederzahl	Eigene Tarifverträge/Anerkennung als eigenständiger Tarifpartner durch einen Arbeitgeber(verband)
Contterm – Fachgewerkschaft für die Beschäftigten auf den Container-Terminals im Hamburger Hafen	Dezember 2009	ca. 300	nein; derzeit werden Hafenerbeiter in Bremen und Bremerhaven organisiert
NAG – Neue Assekuranz Gewerkschaft	November 2010	weniger als 100	nein; Kooperation mit ver.di angestrebt
TGL – Technik Gewerkschaft Luftfahrt	Dezember 2010	mehr als 1.000	nein; Kooperation mit ver.di eingetragen
GDS – Gewerkschaft der Servicekräfte	Dezember 2010	ca. 100	Erster Firmentarifvertrag (August 2011/Februar 2012)
DFeuG – Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft	Mai 2011	mehr als 1.400	nein

Quellen: BDA, Gewerkschaftsangaben, Presseartikel

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 16

Hinzu kommt, dass Spartengewerkschaften ausgerechnet im Verkehrs- und Gesundheitswesen besonders häufig vorkommen, wo sie nicht nur Arbeitgeber, sondern auch unbeteiligte Dritte mit ihren Arbeitskämpfen beeinträchtigen.

Begehrlichkeiten einzelner Berufsgruppen zwingen mittlerweile sogar die großen Branchengewerkschaften in die tarifpolitische Offensive – um die verbliebenen Berufsgruppen zusammenzuhalten, werden auch sie künftig weniger vor Arbeitskämpfen zurückscheuen. Wohin diese Entwicklung führen kann, zeigen die jüngsten Warnstreiks im öffentlichen Dienst: So kam es bereits nach der ersten Verhandlungsrunde zu Arbeitsniederlegungen in Kliniken, Kindergärten und anderen kommunalen Einrichtungen sowie im Nah- und Flugverkehr.

Obwohl sich die Zahl der neugegründeten Berufsgewerkschaften in überschaubaren Grenzen hält (Grafik), gefährdet der Gewerkschaftswettbewerb letztlich das Tarifsystem und den sozialen Konsens

zwischen den Tarifparteien. Zudem führt die Verfolgung von Partikularinteressen zu innerbetrieblichen Konflikten, deren betriebswirtschaftliche Auswirkungen heute noch gar nicht abschätzbar sind. Um derartige Auseinandersetzungen zu vermeiden, haben die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) bereits vor zwei Jahren eine Initiative mit dem Titel „Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie sichern – Tarifeinheit gesetzlich regeln“ gestartet:

Bei konkurrierenden Tarifverträgen soll nur derjenige angewendet werden, an den die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder in einem Betrieb gebunden ist.

Solch ein repräsentativer Tarifvertrag würde die allgemeine Friedenspflicht über die jeweilige Vertragslaufzeit sichern. Allerdings unterstützt der DGB diese Initiative seit 2011 nicht mehr, sodass nun die Politik gefordert ist, diesen Vorschlag im Sinne der Tarifeinheit umzusetzen.

Trend zum Grundbesitz

Private Haushalte. Immer mehr Bundesbürger wohnen in den eigenen vier Wänden. Das liegt vor allem an der demografischen Entwicklung.

Dem Lockruf des Bausparfuchses folgen die Deutschen in jüngster Zeit offenbar nur allzu gern – dies legen jedenfalls die aktuellsten Zahlen des Statistischen Bundesamts nahe. Demnach lebten im Jahr 2010 in den rund 36 Millionen bewohnten Wohnungen in Deutschland schon annähernd genauso viele Eigentümer wie Mieter (Grafik):

Der Anteil der Wohnungen und Häuser, die von den Eigentümern selbst genutzt werden, ist von knapp 42 Prozent im Jahr 2006 auf fast 46 Prozent im Jahr 2010 gestiegen.

Im Saarland war der Trend zur Eigentumswohnung oder zum eigenen Haus am stärksten – dort stieg die Eigentumsquote innerhalb von vier Jahren von rund 55 auf fast 64 Prozent. Aber auch in Brandenburg



und Niedersachsen legte die Quote überdurchschnittlich stark zu.

Zwar besitzen im EU-Vergleich noch immer verhältnismäßig wenige Bundesbürger ein Haus oder eine Wohnung – in Großbritannien etwa lag die Eigentumsquote zuletzt bei mehr als 66 Prozent, in Italien bei 80 Prozent und in Ungarn sogar bei 93 Prozent.

Dennoch ist der Trend hin zu den eigenen vier Wänden in Deutschland so markant, dass es dafür gute Gründe geben muss. Einer davon ist das sehr niedrige Zinsniveau – in den vergangenen Monaten kosteten Hypothekendarlehen zum Teil weniger als 3 Prozent. Kaufen statt mieten, hieß deshalb für viele die Devise – zumal die Preise für Immobilien in

der Bundesrepublik bis vor zwei Jahren kaum gestiegen sind.

Vor allem aber treibt wohl der demografische Wandel die Eigentumsquote hierzulande nach oben – und zwar auf zwei Wegen. Zum einen steigt die Zahl der Älteren, die sich öfter als jüngere Leute den Traum vom eigenen Zuhause erfüllen können. Zum anderen nimmt auch unter den älteren Bundesbürgern die Wohneigentumsquote seit Jahren kontinuierlich zu. So wohnte zuletzt nur ein Drittel aller Haushalte, in denen der Haupteinkommensbezieher jünger als 50 Jahre war, im Eigenheim oder in einer Eigentumswohnung. Bei den über 50-jährigen Hauptverdienern lag die Quote dagegen bei 55 Prozent.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich),
Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann,
Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwvd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwvd wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iW.KÖLN. WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.